

1. Vorbemerkung

Zu Beginn ein nachdenklich stimmendes Zitat von Ludwig Erhard von 1957^{1 2}:

„Ich glaube nicht, daß es sich bei der wirtschaftspolitischen Zielsetzung der Gegenwart gleichsam um ewige Gesetze handelt. Wir werden sogar mit Sicherheit dahin gelangen, daß zu Recht die Frage gestellt wird, ob es noch immer richtig und nützlich ist, mehr Güter, mehr materiellen Wohlstand zu erzeugen, oder ob es nicht sinnvoller ist, unter Verzichtleistung auf diesen ‚Fortschritt‘ mehr Freizeit, mehr Muße und mehr Erholung zu gewinnen. Hier ist dann aber nicht mehr nur der Wirtschaftsminister, sondern in gleicher Weise der Theologe, der Soziologe und der Politiker angesprochen.

...

Was haben wir noch zu bewerkstelligen, und auf welcher Ebene muß das geschehen, um zu jener inneren Reife zu gelangen, daß ein materieller Verzicht dem Menschen zum Segen und Gewinn wird?

... Das alles kann man nicht konstruieren, auch nicht organisieren; es muß organisch wachsen.

Wenn der angestoßene Entfaltungsprozeß aber in dem Sinne verläuft, daß unser Volk neben dem unverzichtbaren Wert auf Sicherung materieller Lebensführung in steigendem Maße eine geistige oder seelische Bereicherung als nützlich und wertvoll erachtet, dann werden wir in fernerer Tagen auch zu einer *Korrektur der Wirtschaftspolitik kommen müssen*. Niemand dürfe dann so dogmatisch sein, allein in der fortdauernden Expansion, d.h. im Materiellen, noch länger das Heil erblicken zu wollen.“

Es ist offensichtlich, daß die fernerer Tage, von denen Ludwig Erhard hier spricht, jetzt da sind, wie viele kri-

* Der Vortrag wurde bei der Tagung „40. Münchener Gespräche, Privilegien, Macht und Markt, Vortrags- und Diskussionsveranstaltung der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft 1950 e.V.“ in Fuldatal bei Kassel am 21.4.2007 gehalten. In gekürzter Form erschien er unter dem Titel „Faire Marktwirtschaft - Ein Weg zur Dezentralisierung durch Reformen von Gesellschafts-, Haftungs- und Markenrecht“ in: ZfSÖ, 44 Jg. 155. Folge, Dez. 2007

¹ Vgl. Bannas, Stephan, Faire Marktwirtschaft, München 2003 und ders., Kapitalismus nein, Marktwirtschaft ja, in: Knoflacher, H. u.a. Hgg., Kapitalismus gezähmt? Weltreligionen und Kapitalismus, Dokumentation Vortragsveranstaltung des Club of Vienna Oktober 2005, Wien, S. 95 - 113

² Erhard, Ludwig, Wohlstand für alle, Düsseldorf 1957, zit. nach Jubiläumsausgabe 2000, München S.232-233

tische Denker mit ähnlichen Formulierungen schon länger anmahnen. Ich betrachte das Modell der fairen Marktwirtschaft, das ich in diesem Aufsatz vorstelle, als Umsetzung der Korrektur der Wirtschaftspolitik im Erhardschen Sinne. Meiner Ansicht nach ist in der heutigen unübersichtlichen Lage der Weltwirtschaft die eigentliche Herausforderung des 21. Jahrhunderts, die Weltwirtschaft fair und nachhaltig zu gestalten, ohne wieder in sozialistische Thesen zu verfallen. Die Renaissance irgendwie gearteter halb- oder viertelsozialistischer Ideale kann kein Weg sein. Dagegen mutig, radikal und konsequent marktwirtschaftlich eine faire Wirtschaftsweise umzusetzen — auch gegen Machtinteressen —, könnte in eine verheißungsvolle Zukunft führen, die uns auch spirituell weiterbringt. Daß wir für dirigistische Forderungen angesichts eines unüberschaubaren weltweiten Problemläufers anfällig sind, ist offensichtlich. Mir zeigt diese mehr oder weniger stark ausgeprägte Neigung zum Dirigismus zweierlei: einmal, daß manche dem marktwirtschaftlichen System immer weniger eine Problemlösungskompetenz zutrauen, zum zweiten aber auch, daß die Befürworter und Nutznießer des marktwirtschaftlichen Systems nicht bereit sind, auf Sonderpründe zu verzichten, etwa damit das System besser funktioniert. Ich vertrete die Meinung, daß heute eher der Marktwirtschaft wesensfremde Elemente — eben wegen diesen privatwirtschaftlichen Machtinteressen und nicht nur, wie vielfach behauptet, wegen zu großer staatlicher Regulierung — dafür sorgen, daß wir mit den Problemen der sogenannten Globalisierung konfrontiert werden, als daß die Marktwirtschaft nicht auch global fair funktionieren könnte. Ich widerspreche sowohl den Globalisierungsgegnern als auch den Globalisierungsbefürwortern. Erstere verstehen oft nicht, was Produktivität der arbeitsteiligen Wirtschaft im Kern eigentlich bedeutet und, daß nationalstaatliche Regulierung das wirtschaftliche Leben auf Dauer stranguliert. Letztere opfern auf dem Altar der Produktivität und der eigenen Machtinteressen das Menschsein und sehen den Menschen im Wesentlichen funktionell als Konsumier- und Produzermaschine.

Das Modell der fairen Marktwirtschaft soll in 3 Schritten behandelt werden; nach der Vision einer fairen marktwirtschaftlichen Ordnung zeige ich das Modell und spreche kurz Umsetzungsmöglichkeiten an. In einem dritten Schritt versuche ich, das Modell in einen säkularen Institutionen-Kontext zu stellen.

Noch eine Vorbemerkung: Mit meinen Überlegungen zu einer fairen Marktwirtschaft befinde ich mich in

guter Gesellschaft, denn eigentlich stelle ich nur das Wirtschaftsmodell vor, das von Adam Smith und Walter Eucken und anderen immer gemeint gewesen ist; mit anderen Worten: Wir haben uns in den letzten 140 Jahren Salami - scheinchenweise vom eigentlichen Konzept freien Wirtschaftens wegentwickelt. Wenn wir da wieder hinkommen, ist schon vieles erreicht. Der Kapitalismus als Ideologisierung des marktwirtschaftlichen Systems ist so, wie er heute praktiziert wird, wie er heute vermachtet daherkommt, wie Anonymisierung und Zentralisierung der Wirtschaft weltweit üblich geworden sind, weder gedacht noch gemeint gewesen.

2. Die Vision

Als Vision schwebt mir eine Wirtschaft vor, in der der personale Bezug der Menschen untereinander wieder hergestellt wird. Der Mensch hat meiner Ansicht nach im Vordergrund aller ordnungstheoretischen Überlegungen zur Wirtschaft zu stehen, abstrakten Größen ist eine eigenständige Funktion zu versagen. Leitbild der Wirtschaftsordnung muss der agierende Mensch sein, so wie er lebt, wie er liebt, wie er hofft, wie er trauert, auch wie er kämpft, wie er arbeitet, leidet und erleidet, alt wird und stirbt. Der Mensch muss mit all diesen Erlebnis- und Lebenshintergründen wieder als agierender Teil der Wirtschaftsordnung aufgefasst werden, sein Lebensbogen soll auch Vorlage für sein Wirtschaften sein. Das Verstecken der Menschen hinter abstrakten Größen, etwa hinter einer seelenlosen juristischen Person oder hinter einer künstlich aufgebauchten Marke, muß ein Ende haben. Menschliche Energien und Spannungen sollen sich auch auf das wirtschaftliche Handeln auswirken, sollen allgegenwärtig sein, es beschleunigen können, im Sinne einer dynamischen Entwicklung, oder es entschleunigen können, im Sinne einer Wiederentdeckung der Langsamkeit. Wichtig ist, daß beide Energien menschlicher Seinsweise nebeneinander existieren können, ohne daß die eine die andere in ihrer gesellschaftlichen Anerkennung dauerhaft verdrängt. Da, wo vorübergehend die Dynamik des Handelns die Energie der Muße und der Langsamkeit verdrängt hat und etwa für hohe Marktanteile und Machtzuwächse für den unternehmerisch handelnden Menschen gesorgt hat, wird auf Dauer, dann, wenn der oder die Unternehmer/-in älter geworden ist, oder wenn das Geschäft in der Generationenabfolge weitergegeben wird, sich die Energie der Muße und der Langsamkeit von selbst wieder einnisten; einmal er-

reichte Machtpositionen werden auf diese Weise von selbst abgebaut.

Ganz anders dagegen in der heutigen Markt-
Marktwirtschaft: In ihr verdrängt die Energie der Beschleunigung und der Geschwindigkeit mit Kraft jegliche Elemente der Muße und der Langsamkeit. Die Konsequenz ist, daß diese Energien heute aus der Mitte der Gesellschaft verabschiedet und in Nischen gedrängt wurden.

Vision ist, daß be- und entschleunigtes Wirtschaften nebeneinander existieren können – und das bei einer Organisationsform, der dennoch das Prädikat *Marktwirtschaft* zukommt.

Konkret bedeutet das für die Angebotsseite der Wirtschaft: Mir schwebt eine Welt der Peugeots, der Rockefeller, der Quandts und der Oetkers vor, nicht die heutige Welt der General Electrics, der Nestles, der Metro-Kaufhof etc.. Nicht die geflissentliche Managerkultur mit tendenziell aalglatten Typen, sondern die an Menschen gebundene Eigentümerkultur ist Vision und Leitbild meiner Vorschläge. Nicht die Anonymisierung und Abstraktion von entfremdeten Eigentümern einerseits und entfremdeten, dieses Eigentum verwaltenden, Managern andererseits ist meine Vorstellung, sondern die Identität von personalem Eigentum und laufendem Betrieb. Diese soll nicht mit hehren Worten herbeigeredet werden, sondern mit klarer ordnungspolitischer Vorgabe erreicht werden, wie nachher gezeigt.

Dabei stellen sich auch wie von selbst – mit unsichtbarer Hand – Wirtschaftsstrukturen nach dem Diktum *„So regional wie möglich, so global wie nötig“* ein. Wenn ich mithin hier die Vision einer menschenbezogenen Wirtschaft entwerfe, und als Synonym die Peugeots, Rockefeller oder Quandts nenne, dann greift das von der Synonymwahl her eigentlich zu kurz, ich müsste dieses jeweils regional ergänzen, etwa für das Rheinland und den Raum Köln um die Namen Sion, Merzenich oder Stüssgen und eben viele andere.

Diese Eigentümer aber, darüber müssen wir uns im Klaren sein, also die sehr reichen national und international agierenden Familien, wie auch die immer noch recht reichen, regional agierenden Familien, die müssen auch in die Pflicht genommen werden, denen darf nicht der heutige bequeme Weg des Exculpierens durch Verschanzen hinter einer GmbH oder ähnlichem eröffnet werden. Die Trickserei mittels Rechtskonstruktionen aller Art ist nie marktwirtschaftlich konstitutive Notwendigkeit gewesen, ihr möchte ich die

rechtliche Grundlage entziehen. Sie hat nicht nur den Effekt, legal Steuervermeidung zu ermöglichen, sondern sie hat auch den Effekt, daß der gesamte wirtschaftliche Prozess anonymer, entfremdeter und für Neueinsteiger chancenloser abläuft und insgesamt näher am Risiko angesiedelt ist. Ist es ein Wunder, daß sich ca. 100 Jahre nach Einführung des Rechtsinstituts der Gesellschaft mit beschränkter Haftung Wirtschaftsstruktur herausgebildet hat, die Ulrich Beck als Ganzes mit dem Wort *Risikogesellschaft* bezeichnet?

Der wirtschaftliche Nutzen des Wirtschaftens mittels der juristischen Person ist fragwürdig, die Nachteile – insbesondere auch die sozialpsychologischen – sind jedoch massiv. Wenn auf der Anbieterseite dagegen die lebenden Menschen das dynamische Element und Leitbild sind, dann wird die Dynamik der jeweils aktuellen menschlichen Entwicklung automatisch auch zur Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung. Nur eingeschränkt durch den konkreten historischen Kontext, erhält auf diese Weise jede neue Generation ähnliche große unternehmerische Gestaltungschancen für ihr Lebensumfeld wie die früheren – und genau das bezeichne ich als fair.

Betrachten wir die andere Seite der Wirtschaft, betrachten wir die Konkretisierung der Vision für die Nachfrageseite. Die Welt ist heute im Kampf um Marktmacht zu einer riesigen Werbefläche verkommen, in der allenthalben um die Aufmerksamkeit der Verbraucher gekämpft wird³. Auch hier haben wir eine anonyme abstrakte Welt, die der Wirklichkeit von Symbolen und Marken geschaffen, in der Bekanntheit und Vertrauen zu einer rein geschäftlichen Strategie degeneriert ist. Nicht der, der ehrlich und vertrauensvoll ist, ist erfolgreich, sondern der, der ehrlich und vertrauensvoll aufgepeppt wird, der die kommunikative Wirklichkeit beherrscht, ist erfolgreich, wie er im Einzelnen tatsächlich ist, ist dabei nebensächlich.

Du sollst keine fremden Götter neben mir haben... erinnern Sie sich, das ist das 1. Gebot, geschrieben im Buch Moses. Wir haben eine Unzahl von Göttern geschaffen und verehren sie in säkularisierter Form, sie heißen heute Rolex, Campari, Maybach und McDonalds, je nach Gruppe und Untergruppe in unserer Gesellschaft. Uns ist heute bei dieser säkularisierten Form der Götterverehrung eigentlich gar nicht mehr bewusst, welche spirituellen Werte und welche spirituellen Kräfte hier im Sinne des Geschäfts gebunden, umgedeutet und massiv missbraucht werden. Früher

³ Vgl. Franck, Georg, *Mentaler Kapitalismus*, 2005 und ders. *Ökonomie der Aufmerksamkeit*, 1998, beide München u. Wien Bannas, Stephan, Aufsatz

nannte man das *den Tanz um das goldene Kalb*. Heute möchte ich das vielleicht so formulieren: Die Durchökonomisierung säkularer Symbole hat längst die Spiritualität zu einem Massenmarkt mißbraucht, in dem sich der wirklich Gläubige wie ein Relikt aus früherer Zeit vorkommt, der – an den Rand gedrängt – sich einer subtilen medialen Fundamentalenverfolgung ausgesetzt sieht. Dabei ist es eigentlich unerheblich, ob diese mediale Verfolgung eine Christenverfolgung, eine Islamistenverfolgung oder anderes ist, den Marktkräften geht es um die Umnutzung spiritueller Kräfte, geht es darum, den Wunsch des Menschen, sich zu transzendieren, für eigene geschäftliche Zwecke zu nutzen - unabhängig davon, welcher Glaubensquelle sie ursprünglich entstammten. Das Gespür hierfür und das Umgehen mit diesem Umstand mögen bei den einzelnen Religionsgemeinschaften unterschiedlich groß sein, das hängt u.a. auch mit den Glaubenswahrheiten zusammen, offensichtlich ist aber, daß hier an den Fundamenten menschlichen Zusammenlebens gekratzt wird, die mit dem seelenlosen Wert der Demokratie dauerhaft nur schwer stabilisierbar sind. Der Karikaturenstreit im letzten Jahr hat schön belegt, wie der Wert der Pressefreiheit und der Wunsch zur Transzendenz kollidieren können.

Meine Vision auch für die Kommunikation mit den Nachfragern ist, den Menschen in den Vordergrund zu stellen, und der dauerhaften, abstrahierenden Macht hinter der kommunikativen Wirklichkeit eine Absage zu erteilen. Die Wirtschaft und ihre Güter sollen nicht spirituelles Leitbild sein, sie sollen nicht gottgleich werden, sondern sie sollen auf das zurückgeführt werden, was sie eigentlich sind, nämlich eine Fleischbulette oder eine Pferdekutsche, die neuerdings mit Motor läuft.

Bevor ich das Modell der fairen Marktwirtschaft erläutere, noch zwei theoretische Bemerkungen: Eine bezieht sich auf den Begriff der externen Effekte – und sie gehört genau hierher: Muss nicht das Zuschütten mit nicht angeforderten Informationen, mit Informationsmüll, die Dauerberieselung genauso als negativer externer Effekt bezeichnet werden, wie das Belasten mit Abluft, Abwasser und Abraum? Könnte es nicht sein, daß diese – ich möchte sie emotionale, spirituelle oder ästhetische externe Effekte nennen - eigentlich eine ähnlich hohe Bedeutung haben, wie seinerzeit die materiellen externen Effekte, nur daß sie schwerer messbar sind?

Ich behaupte: So wie die Entstehung der Umweltökonomie ursprünglich darauf basierte, daß materielle externe Effekte in ihrer Bedeutung verkannt wurden und erst später ihre Tragweite entdeckt wurde, so wird das Erkennen der Tragweite von spirituellen und emotionalen, externen Effekten zur Entwicklung einer gänzlich neuen marktwirtschaftlichen Ordnungstheorie führen müssen, in der unter anderen auch die kommunikative Beeinträchtigung mit ihren spirituellen, ästhetischen bzw. emotionalen Belastungen als solche ernst genommen wird und zu neuen Lösungen führt. So wie ehemals die physische Umwelt als knappes Gut entdeckt wurde, so muss auch die Aufmerksamkeitsnutzung der Menschen als knappes Gut angesehen werden, das dem Inhaber nicht ohne Weiteres genommen werden kann und dessen Verfügungsgewalt nicht dem freien Spiel der (Marketing-) Kräfte überlassen werden darf. Erst recht darf dieser Kampf um Aufmerksamkeit nicht dazu instrumentalisiert werden, mit wenig Kostenaufwand Marktmacht zu konzentrieren.

Ich versuche mit meinem Modell die Frage zu beantworten, wie der Umgang mit diesen neuen externen Effekten aussehen könnte. Meine Antwort ist: Ein Spamfilter reicht nur für das E-mail Programm, die flächendeckende Verbreitung spiritueller, ästhetischer bzw. emotionaler externer Effekte bekommt man nur in den Griff, indem man die ihnen Vorschub leistenden Rechtsnormen beseitigt und aushöhlt. Was das im Einzelnen heißt, werden wir gleich sehen.

Eine zweite theoretische Bemerkung, die in eine ähnliche Richtung geht: Marktwirtschaftler wehren sich üblicherweise gegen Regulierungen und setzen sich für Deregulierungen ein. Dabei wird unter Regulierung verstanden, daß sich der Staat in eine Beziehung einmischt, die dem freien Spiel der Marktkräfte überlassen werden könnte. Deregulierung bedeutet dann, den freien Wettbewerb wieder besser zuzulassen. Das Setzen des rechtlichen Rahmens für das Marktgeschehen wird auch von Marktwirtschaftlern als notwendig betrachtet, damit sich die Marktkräfte entwickeln können. Offen ist jedoch, wer entscheidet, ob eine staatliche Regel eher als regulierend anzusehen ist, mithin zu deregulieren ist, oder ob sie als konstituierend für den wettbewerblichen Rahmen zu betrachten ist, mithin ordnungspolitisch notwendig ist. Häufig genug betrachten private, marktmachtorientierte Interessenten ihnen nutzende Regelungen als ordnungsfördernde, also als nicht zu deregulierende, obwohl es sich eigentlich um regulierende, mithin wettbewerbswidrige han-

delt. Ich wage die Behauptung und befinde mich in guter Gesellschaft damit: Die heutigen Markenrechtsregeln und das Recht der Kapitalgesellschaften ist als regulierender Eingriff zu verstehen, sind mithin also zu deregulieren. Die ordnungswidrigen Folgen sind die beobachtbaren Machtkonzentrationen der Weltwirtschaft und die oben genannten, neuartigen externen Effekte. Mithin schlage ich hier, ganz im marktwirtschaftlichen Sinne, eine Deregulierung des Markenschutz- und Gesellschaftsrechtes vor und fordere einen freieren, auf den Menschen bezogenen Wettbewerb. Ich bin damit nicht auf der Seite derjenigen, die eine neuerliche Regulierung fordern, ich bin auf der Seite derjenigen, die die seit gut 120 Jahren existierenden Regulierungen aufbrechen möchten.

3. Das Modell

Grundsätzlich wird im Modell der *Fairen Marktwirtschaft* so gewirtschaftet wie es von den kapitalistischen Ländern her bekannt ist. Es gibt also die freie Preisbildung, wettbewerblich organisierte Märkte, das Privateigentum an Produktionsmitteln und den Gewinnanreiz bei wirtschaftlicher Tätigkeit. Diese Kriterien nennt man auch die konstitutiven Elemente einer marktwirtschaftlichen Ordnung.

Als erstes erheblich anders als heute ist die Rechtsgrundlage der Marktakteure; hier werden, der Vision entsprechend, nur Menschen zugelassen, juristischen Personen bleibt der Zugang zum Wirtschaftsverkehr verschlossen. Konkret heißt das, daß der Haftungsausschluß für wirtschaftliche Aktivitäten nicht mehr möglich ist, daß mithin die entsprechenden gesellschaftsrechtlichen Grundlagen, also im Wesentlichen das Aktien- und das GmbH - Gesetz ersatzlos abgeschafft werden. Den Aktionär oder den Inhaber eines GmbH - Anteils, sowie den Kommanditisten gibt somit nicht mehr, die Zockerei an den Aktienmärkten hat ein Ende, sie hat wieder ihren Platz im Spielcasino, da wo sie hingehört; gewirtschaftet wird nur von voll haftenden Einzelkaufleuten oder von zusammengeschlossenen Einzelkaufleuten, die für die Schulden der Gesellschaft voll haften (OHG). Managern, die sich hinter einer Aktiengesellschaft verschanzen, steuerlichen Gestaltungstricks mit unterschiedlichsten gesellschaftsrechtlichen Konstruktionen und das Segmentieren von Risiken, in der Regel zu Lasten der Allgemeinheit, wird so die rechtliche Grundlage entzogen. Wer Geschäfte machen will, soll voll haften, sonst soll

er die Geschäfte unterlassen, so einfach sollte das sein.

Nebenbei: Versuche, mithilfe des Vereinsrechtes diese Regeln auszuhebeln, müssen natürlich in geeigneter Weise verhindert werden.

Ich bin mir bei dem Ganzen natürlich darüber im Klaren, daß ich sehr radikal bin. Deshalb schlage ich für den persönlichen Schutz der Kaufleute vor, den Schutzgedanken des GmbH-Rechts - ganz im finanzwissenschaftlichen Sinne - von der Objektorientierung zum Subjektschutz, eben zum Menschen hin, zu verschieben: Bezieht sich heute die Risikoabsicherung des GmbH- und Aktienrechts auf die anonyme Bezugsgröße *Kapital*, (wobei ja bekannt ist, wie die Banken dieses durch das Einfordern von persönlichen Bürgschaften unterlaufen), so fordere ich, daß der dahinterstehende Schutzgedanke auf die soziale Bezugsgröße *agierender Mensch* bezogen wird.

Es sollte konkret die rechtliche Möglichkeit für jeden geschaffen werden, persönliches Vermögen zu bilden, das im Konkursfall nicht gepfändet werden kann. Dieses sollte allerdings nur zur Alimentierung des Lebensunterhaltes genutzt werden dürfen. Damit mit diesem Recht nicht getrickst wird, sollte diese Vermögensform besonderen Regeln unterliegen. Einmal sollten p.a. nur Teilbeträge entnommen werden dürfen, etwa der Quotient von Gesamtvermögen zu Anzahl der zu erwartenden Lebensjahre entsprechend vorliegender Versicherungstabellen. Zudem sollte für diese Vermögensform ein Maximalbetrag gelten, der für reiche Menschen niedrig, für den Normalbürger jedoch ausreichend hoch ist. Ich denke an eine Obergrenze von 5 – 10 Mio. Euro (real), damit kommt man heutzutage ohne weiteres einigermaßen komfortabel bis ans Lebensende. Nebenbei: Selbstverständlich muss sichergestellt sein, daß bei Einzahlungen in diese Vermögensform der Gläubigerschutzgedanke beachtet wird.

Eines ist klar: Mit der Abschaffung des Aktien- und GmbH Rechtes wird die Tendenz zur Regionalisierung und Dezentralisierung der wirtschaftlichen Verhältnisse automatisch, mit unsichtbarer Hand, erzeugt, denn – und das ist ja auch so gewünscht – die volle Haftung erzeugt Kontrollbedarf, der eher nur naheliegend - im räumlichen Sinne- geleistet werden kann. Ein Beispiel hierzu soll das verdeutlichen: Würden Sie sich an einer Imbissbude in Moskau beteiligen, wenn Sie wüssten, daß Sie für ihre Schulden voll haften müssten? Wohl kaum, aber McDonalds Aktien kaufen Sie und verschanzen sich so hinter dieser gesellschaftsrechtli-

chen Konstruktion. Daß dieses heute die subtile Form der Ungerechtigkeit und des Transfers geschäftlicher Chancen von armen Ländern in reiche Länder zementiert, ist den meisten Menschen dabei gar nicht bewusst. Genau das ist ein Grund, weshalb ich mir auch anmaße, das Modell als *fair* zu bezeichnen.

Die volle Haftung hat aber auch, mehr als in der heutigen Wirtschaft, einen Umverteilungs- bzw. Nivellierungseffekt in Bezug auf die Vermögensverteilung. Denn die schöne Möglichkeit der Risikodiversifizierung über die Börse bei gleichzeitig hohen Renditen wäre nicht mehr gegeben. Aufgrund der vollen Haftung kann man davon ausgehen, daß sich im Verlauf der Generationen große Vermögen von selbst einebnen, ich nenne das den Buddenbrookeffekt.

Es ist vorhersehbar und gewünscht, daß in Folge der Umsetzung des Modells Kapital mehr als heute als internes Kapital im Unternehmen geschaffen bzw. gehalten wird, und daß der Fremdkapitalanteil zunehmen wird. Das heutige, sogenannte externe Eigenkapital wäre wirklich wieder Fremdkapital, das, was es eigentlich auch heute schon ist – zumindest vom emotionalen Bezug auf die zugehörige Verantwortung her betrachtet. Hier sind wir an einem zentralen Punkt der Entstehung unserer heutigen anonymen und abstrakten Wirtschaftskultur. Diese zu ändern, diese menschlicher zu machen und dennoch effizient zu bleiben, ist mein Anliegen und Ziel.

Weitere Änderungen bei Abschaffung der juristischen Personen als zugelassenes Wirtschaftssubjekt sind absehbar: Die Kapitalmobilität wird tendenziell abnehmen und wieder der menschlichen Mobilität entsprechen. Auch werden wieder mehr Menschen wagen, eigene Unternehmen zu gründen, weil ja die Chancen steigen und fair verteilt sind; die heutige anonyme abstrakte Riesen-Konkurrenz in Form der Aktiengesellschaften wäre ja nicht mehr da. Auch die Zeiten der Großbanken werden zu Ende gehen und es werden sich wieder vermehrt kleinere, regional orientierte Banken bilden, die keine Unternehmensbeteiligungen mehr halten. Weil ja auch hier die volle Haftung gilt, werden Anleger tunlichst Banken meiden, die sich etwa als OHG – Teilhaber an Unternehmen beteiligen.

Ein zweiter wesentlicher Punkt unterscheidet das Modell der *Fairen Marktwirtschaft* gravierend von der Art heutigen Wirtschaftens. Es wird damit der eigentliche Machtbereich heutigen Wirtschaftens, der mit dem Diktum *'Der Engpaß liegt im Verkauf'* prägnant beschrieben werden kann, erheblich tangiert. Ich

schlage vor, das Recht, eine Marke zu schützen, massiv auf den Menschen zu beziehen: Marken dürfen nur von Menschen für die Dauer ihrer Lebenszeit geschützt werden, mit dem Tod erlischt das Markenschutzrecht, die Marke wird sofort frei und darf im vollen Umfang auch von den Mitbewerbern genutzt werden. Marken sind zudem während der Lebenszeit nicht von einem auf den anderen Menschen übertragbar. Praktisch bedeutet das, daß Markeninhaber wie bisher bei der Anmeldung der Marke das definieren, was unter einer Marke verstanden werden soll, sie formulieren dazu einen sachlichen Anforderungskatalog, den sie während ihrer Lebenszeit frei ändern können, der jedoch mit ihrem Ableben in der letzten Version festgeschrieben wird und unverändert bleibt. An ihn haben sich alle späteren Nutzer der Marke zu halten.

Der heutigen Machtbildung über die Marke mit seinem allseits vorhandenen Informationsmüll, der durch das Bewerben von Marken entsteht, wird damit die rechtliche Grundlage entzogen. Marken werden im Modell zwar nicht verboten – das sei betont und ist außerordentlich wichtig - aber sie werden auf die Lebenszeit eines Menschen beschränkt, nach seinem Tod – oder, das sei konzediert, nach einer kurzen, überschaubaren Frist, etwa ein Jahr danach, entfällt der Markenschutz. Der heutige Irrwitz, daß Urheberrechte nach 70 Jahren frei werden, aber Marken quasi unendlich verlängert werden können, wird beseitigt. Marken können damit nicht mehr billigen Instrument werden, weltweit Macht zu bilden.

Marken nehmen damit wieder eine normale, die Arbeit eines Menschen schützende Entwicklung ein, die beispielsweise bei der *Sacher - Torte* zu beobachten ist. Zunächst sind sie einem Hersteller zugeordnet und als solche geschützt, später entwickeln sie sich zur Gattungsbezeichnung und sind ein für jeden nutzbarer Allgemeinbegriff, der für ein einzelnes Unternehmen nicht mehr geschützt werden kann.

Da diese Regelungen für alle Unternehmen gelten, bilden sich automatisch dezentrale, eben vor Ort abgewickelte Wirtschaftsstrukturen heraus. Es gilt ohne dirigistische Eingriffe, *so regional wie möglich, so global wie nötig*, weil sich komplexe Produktionen nicht in jeder Stadt lohnen, während eher einfache Produktionen gut verteilt sind. Heute werden über die Marke mit der zugehörigen Verbraucherbindung mittels des genannten Informationsmülls auch einfache Produktionen tendenziell zentralisiert mit allen unliebsamen Folgen. So wird heute etwa sowohl Bier von

Flensburg nach München transportiert, als auch umgekehrt von München nach Flensburg, gerade so als ob die Münchener nicht Bier in Flensburger Qualität produzieren könnten oder umgekehrt, als ob die Flensburger nicht Bier in Münchener Qualität herstellen könnten. Bei der Sacher Torte im Übrigen gibt es diese Erscheinung nicht, jeder Bäcker kann Sacher Torte herstellen, es handelt sich ja um eine Gattungsbezeichnung.

Im von mir vorgeschlagenen Modell werden sogenannte *Investitionen in die Marke* insgesamt risikoreicher. Das heißt aber im Umkehrschluss, daß sich die Unternehmensstrategie darauf einstellen wird, und daß der Marke nicht mehr die heutige Bedeutung zukommen wird. Der Informationsmüll hat ein Ende. Unter dem Gesichtspunkt der Marktmacht heißt das, daß die Marke nicht mehr missbraucht werden kann, billig Verbrauchermacht zu bilden, sondern daß sie wieder da ist, wo sie hergekommen ist: Teil eines Qualitätsprozesses, den im Zweifel irgendwann eben auch ein anderes Unternehmen erfüllen kann.

Der eigentliche Skandal dieses Vorschlags und auch der Grund, weshalb mein Vorschlag auf viel Unverständnis stößt, liegt in der spirituellen Gewöhnung an die Selbstdefinition über die Symbole der Marken in unserer säkularen Gesellschaft. Die Vorstellung, daß koreanische Autohersteller ihr Fahrzeuge mit dem Stern ausstatten, ein Dresdner Software – Unternehmen seine Software Microsoft nennen oder ein Regensburger Zeitungshaus sein Boulevardblatt *Bild-Regensburg* nennen darf, mutet ungewohnt an und zeigt, daß meine Vorschläge erheblich in die bestehende Machtkonstanz eingreifen. Es ist klar: Entschleunigung hat seinen Preis, und der ist, daß wir uns auf uns selbst besinnen müssen, daß der so schöne Ersatzkonsum entfällt, der uns im Zweifelsfall doch immer wieder den Konsumsucht - Ausweg weist.

Prinzipiell sind das die wesentlichen Regelungen des Modells der *Fairen Marktwirtschaft*. Sie können sich vorstellen, daß bei tatsächlicher Einführung eine große Menge von Aspekten bedacht werden muss. Für das Leben der Gesellschaft ist der hier vorgeschlagene Wechsel genauso bedeutend, wie für die osteuropäischen Gesellschaften der Wechsel vom Sozialismus zum Kapitalismus gewesen ist. Einen von diesen Aspekten möchte ich noch herausstellen; es handelt sich um das Problem der Machtkonzentration im Wege der Erbfolge. Um Ängsten zu begegnen, daß der Buddenbrookeffekt doch nicht so zieht, wie hier dargelegt,

daß sich also wirtschaftliche Macht so wie seinerzeit bei den Fuggern konzentriert, schlage ich vor, die Vererbungsmöglichkeiten bei extrem großen Vermögen einzuschränken; nach den vorliegenden Vermögensstatistiken wären von dieser Regel nur sehr wenige Personen betroffen. Gedacht ist daran, die Möglichkeit, ein Vermögen zu vererben, auf die Summe von fünf Milliarden Euro bzw. Dollar zu begrenzen. Über diesen Betrag hinausgehendes Vermögen kann nicht vererbt werden, sondern fällt dem Staat zu. Über die Höhe dieses Betrages lässt sich sicherlich streiten; wichtig ist, daß der Betrag so hoch ist, daß er auch für sehr reiche Menschen bedeutungslos ist und nur für wirklich Superreiche relevant ist, daß er aber so niedrig ist, daß er für Menschen, die potentiell in der Lage wären, ganze Volkswirtschaften zu kontrollieren, von hoher Relevanz ist.

Eine sachliche und eine spirituelle Zusammenfassung zum Modell: Sachlich: Das Modell ist strikt marktwirtschaftlich, weil die konstituierenden Prinzipien, wie freie Preisbildung; wettbewerblich organisierte Märkte; Privateigentum und Gewinnanreiz bei wirtschaftlicher Aktivität voll gelten, es ist jedoch nicht Macht – marktwirtschaftlich, sondern fair marktwirtschaftlich, weil die monopolistisch wirkenden Elemente des Gesellschaftsrechts und des Markenschutzrechtes beseitigt sind. Kapital ist als selbständige Größe im Sinne der juristischen Person nicht geschäftsfähig, mit der Marke kann nicht die flächendeckende Aufmerksamkeit konzentriert werden, um so Marktmacht aufzubauen und zu konservieren. Das Organisationsprinzip der Marktwirtschaft bleibt erhalten, so daß faires, effizientes und tendenziell auch gerechtes Wirtschaften möglich ist.

Spirituell zusammengefasst: In Köln gibt es das Lied *Ich bin versorgt, mir geht es gut, denn ich habe ein Schaschlik – Bud ...* ? Können Sie sich vorstellen, daß gesungen wird *Ich bin versorgt, mir geht es gut, denn ich habe ein Job bei Mc Donalds an der Thek?* Ich eigentlich nicht. Wirtschaften hat eben auch etwas mit Würde und wohl verstandenem Stolz zu tun, sowohl bei einfachen Menschen, so wie im Lied, aber auch bei anspruchsvolleren Gemütern, die etwa als Bankier oder Fabrikant arbeiten. Das Modell sorgt dafür, daß die Chancen, ein eigenes Geschäft zu eröffnen, enorm steigen, daß mithin auch die Selbstachtung der Menschen in bezug auf wirtschaftliche Belange wieder zunimmt, und die Energie und die Kraft der Menschen nicht in seelenlosen, technokratischen Großsystemen verpufft. Vielleicht noch eine andere Perspektive hier-

zu: Können Sie sich vorstellen, daß der Ostermontag als Feiertag gestrichen wird und durch einen Coca-Cola Tag ersetzt wird. An amerikanischen Schulen gibt es das bereits. Wenn ich von Umdeutung der gesellschaftlichen Symbole im Sinne des Geschäfts rede, dann meine ich genau das. Das Modell macht mit diesem Ganzen Schluss und verweist die Wirtschaft in ihre Schranken.

Eine kurze Bemerkung zur Umsetzung des Modells: Angesichts erheblich zu erwartender Widerstände bei den Nutznießern der derzeitigen Machtmarktwirtschaft und auch angesichts großer Unsicherheiten über die Realisierbarkeit des Modells auch bei Wohlmeinenden, ist es wichtig, die ersten Schritte zur Umsetzung fließend zu gestalten, etwa wie folgt:

- (1.) Es muss geregelt werden, daß (und wie) jede natürliche Person Vermögen schaffen darf, das im Konkursfall nicht gepfändet werden kann.
- (2.) Da Änderungen des Gesellschaftsrechtes wohl in absehbarer Zeit nicht mehrheitsfähig sein werden, muß Ziel sein, Unternehmern Anreize zu geben, daß sie von selbst ihre Geschäfte bei voller Haftung abwickeln, indem etwa Kapitalgesellschaften bewußt schlechter gestellt werden. Nebenbei: Die Schlechterstellung der Kapitalgesellschaften kann auch ohne das Modell wie folgt begründet werden: Kapitalgesellschaften sollen für das Recht bezahlen, nur begrenzt haften zu müssen.
- (3.) Da auch das Markenschutzrecht nicht ohne weiteres geändert werden kann, bietet sich hier ein Umweg an: Wenn etwa ein neues Rechtsinstitut, das einer *personengebundenen Marke*, geschaffen wird und die Regeln der heutigen Marken erhalten bleiben, wäre die Grundlage gelegt, durch geeignete Anreizbildung, die personengebundenen Marken zu fördern und die Marken nach heutigem Recht zu belasten.
- (4.) Die Regelungen des betrieblichen Pachtrechtes, der Ausschreibungen und der Versteigerungsverfahren von Versorgungsbetrieben sind rechtlich und ordnungspolitisch zu überprüfen, ggf. zu ergänzen oder zu novellieren, da ja eine Vielzahl von öffentlichen und privaten Körperschaften und Vereinen vor dem Problem steht, wie die übertragenen Haupt- bzw. Nebenaufgaben wirtschaftlich abgewickelt werden.

Konkret könnten anfängliche Maßnahmen so aussehen:

Kapitalgesellschaften werden mit einer zusätzlichen Umsatzsteuer in Höhe von ca. 0,5 % bis 1 % vom Umsatz belegt, die nicht als Vorsteuer geltend gemacht werden kann.

und/oder

Die Abschreibungsfristen auf Anlagegüter werden für vollhaftende Kaufleute im Vergleich zu den Abschreibungsfristen für Kapitalgesellschaften generell halbiert.

und/oder

Der Kündigungsschutz für Mitarbeiter von Unternehmen mit vollhaftenden Eigentümern wird auf maximal vier Wochen begrenzt.

und/oder

Bei personengebundenen Marken werden die Verwaltungsgebühren generell auf ein Zehntel der herkömmlichen Verwaltungsgebühren begrenzt. Für Umsätze, die mit Markenprodukten herkömmlicher Art erzielt werden, wird ein gesonderter Umsatzsteuersatz erhoben, der etwa 50% höher ist als der Normalumsatzsteuersatz.

Es versteht sich von selbst, daß der Druck in Richtung des Modells umso höher ist, je höher die jeweilige Vergünstigung bzw. Belastung ausgestaltet ist.

4. Der institutionelle Kontext

Das Modell ist für mich eine denkbare marktwirtschaftliche Antwort auf die Herausforderungen der Globalisierung. In einer Zeit, in der sich Unternehmen gebildet haben, deren Umsätze größer sind als der Staatshaushalt von Österreich, müssen Marktwirtschaftler neue Antworten finden, sonst überlassen sie neolinken, dirigistischen Ideen das Feld. Wir haben fast 1000 Jahre gebraucht, um den Feudalismus zu überwinden. Am Ende haben wir die Demokratie doch durchgesetzt. Wir sollten dieses nicht aufs Spiel setzen, indem wir quer zu den Staaten stehende staatenähnliche Gebilde auf Dauer zulassen. Wenn wir denen die Rechtsgrundlage entziehen, so wie hier vorge schlagen, kommen wir nicht in einen Teufelskreis, der einerseits die Großkonzerne hätschelt, weil Arbeitsplätze im Spiel sind, der sie andererseits an die Kette legen muß, um unsere Bevölkerungen vor deren Zumutungen zu schützen. Die hier entworfene, faire Marktwirtschaft hat meiner Ansicht nach den Charme, diesen Teufelskreis erst gar nicht entstehen zu lassen und doch die Effizienzvorteile der marktwirtschaftlichen Ordnung zu nutzen, Effizienz verstanden im

menschlichen Sinne also unter Einbezug von Emotion, Spiritualität, Ästhetik und langfristigem Verantwortungsbewusstsein. Menschen können sich dann wieder als würdige Subjekte der Wirtschaftsordnung begreifen und müssen sich nicht als ökonomische Durchlauferhitzer erleben, bei dem das Wort *der Kunde ist König* nur Teil einer Werbestrategie ist. Menschen als in ihrer Ganzheitlichkeit verstandene, agierende Teile des Wirtschaftslebens integrieren eher spirituelle, ästhetische und emotionale Belange als Menschen, die auf ihre Funktion in einem anonymen Großkonzern reduziert werden. Die Chancen zu auch langfristig verantwortbarem Handeln steigen im Modell der fairen Marktwirtschaft.

Die Grundstruktur, wie unser Leben organisiert ist, hat seit Anbeginn mehrfach gewechselt, nach den Stämmen der Frühzeit waren es lange Zeit die Kirchen, die das öffentliche Leben organisiert haben, die Geburts- und Sterberegister führten, Hospitäler betrieben u.v.m.. Nach der kirchlichen kam die nationalstaatliche Organisationsstruktur; die Nationalstaaten kümmerten sich mehr und mehr um die Belange – mit den bekannten Gefahren von Machtaneignung durch Eliten, Ineffizienzen und korrupten Erscheinungen. Die Demokratie sollte auf politischer, die Marktwirtschaft auf ökonomischer Ebene diese Gefahren lindern, und dieses ist ja in den letzten 200 Jahren mehr oder weniger gut gelungen.

Wir stehen jetzt in der Situation und Gefahr, daß die nationalstaatliche Organisationsstruktur von der – ich möchte es so nennen – privatstaatlichen Organisationsstruktur abgelöst wird. Privatstaatliche Strukturen, also anonyme juristische Personen, kümmern sich jetzt um die Belange, bauen Straßen, finanzieren Brücken, betreiben Krankenhäuser und Mautsysteme für LKWs und vieles mehr. Die Gefahren von Machtaneignung durch Eliten, Ineffizienzen und korrupten Erscheinungen sind weitgehend dieselben geblieben, teilweise gelten sie sogar als legitim, wenn man sich etwa die Vorstandsgehälter anschaut. Auch die Verflechtungen der Interessen zwischen dem alten System und dem Neuen kennen wir schon aus dem Mittelalter: Wurde der Kaiser in Rom gekrönt und leitete seine Macht aus den Werten der alten, also der kirchlichen Struktur her, so wird heute der Vorstandsvorsitzende nach dem Aktienrecht gekürt, einem Gesetz, das nach den Werten der Demokratie verabschiedet wurde. So wie damals Kaiser und König auf Gottesgnadentum verweisen konnten und so die Unterjochung ihrer Untertanen oder militärische Feldzüge legitimierten, so können

heute die Vorstände auf ihre demokratisch saubere Ernennung nach nationalstaatlichem Recht verweisen, und ähnlich kaltschnäuzig ihre Mitarbeiter ausnutzen oder ökonomische Feldzüge organisieren. So wie damals entwickeln die neuen Strukturen eigene Gesetze und Gesetzmäßigkeiten, die durchaus mit den alten Werten kollidieren. Die Bestechungsaffären bei Siemens und VW in letzter Zeit zeigen dieses recht schön.

Ob man mit der nationalstaatlichen Struktur, die immerhin für alle da ist, oder mit der privatstaatlichen Struktur besser fährt, die nur für Mitarbeiter und Kunden da ist, für letztere nur, solange sie zahlen können, ist zumindest offen. Die privatstaatliche Struktur hat den Nachteil, daß sie nur vom Rahmen her demokratisch legitimiert ist, daß aber die Einzelentscheidung der Exekutive, wie ich den Vorstand oder den Board nennen möchte, keiner demokratischen Kontrolle unterliegt. Der Vorteil der privatstaatlichen Struktur, die hohe Effizienz, zumindest betriebswirtschaftlich-bilanziell gemessen, bei der Leistungserstellung, ist gleichzeitig der Nachteil der nationalstaatlichen Struktur, in der Schlendrian und Ineffizienz ein Systembaustein ist, wie uns der gesamte Ostblock in einem riesigen Großversuch im letzten Jahrhundert vorgemacht hat.

Mein Modell soll die Effizienz marktwirtschaftlicher Strukturen nutzen, jedoch die Nachteile von Eigengesetzlichkeiten der privatstaatlichen Organisationsstruktur verhindern, die eine Gesellschaft potentiell als Ganzes dominieren können – wie beobachtbar bei der Managerkultur des beginnenden 21. Jahrhunderts.

Die hier erarbeitete marktwirtschaftliche, kapitalismusfreie Wirtschaft, ist im wirklichen Sinne des Wortes subsidiär, ist dienend und gibt so dem Menschen Freiraum zur Entfaltung, gibt Luft zu Atmen, auch seine spirituelle Kraft zu entwickeln.

5. Schlussbemerkung

Abschließend sollen Zitate belegen, dass meine Gedanken lediglich die an sich gemeinte Ordnung wieder herstellen wollen:

Walter Eucken schreibt: „Privateigentum an Produktionsmitteln zu verlangen, wenn der Staat zugleich (...) durch sein Markenschutzrecht (...) die Konkurrenz zurückdrängt ist problematisch.“⁴ und an anderer Stelle: „Sehr problematisch ist die Gesellschaftsform der Gesellschaft mit beschränkter Haftung.“⁵

⁴ Eucken, Walter. Grundsätze der Wirtschaftspolitik, 4. Aufl. Tübingen 1968, S. 291.

⁵ Ebenda, S. 284 f.

Bannas, Stephan, Aufsatz

Adam Smith schreibt im Jahre 1789: „Um sie (die Aktiengesellschaft, d. V.) wirklich vernünftig einsetzen zu können, sollten zwei Bedingungen erfüllt sein (...). Erstens sollte es für jeden augenfällig sein, daß das Unternehmen von größerem und allgemeinerem Nutzen ist als die meisten der übrigen Erwerbe, und zweitens, daß es mehr Kapital erfordert als eine private Partnerschaft ohne weiteres aufbringen kann. Ist der Kapitalbedarf aber mäßig groß, so würde der größere Nutzen des Unternehmens keinen ausreichenden Grund für die Errichtung einer Aktiengesellschaft liefern, denn in diesem Falle würden auch private Unternehmen die entsprechende Nachfrage ohne weiteres decken können.“⁶

Abschließend ein Zitat aus dem Neuen Testament zu dem Thema:

„Ich bin der gute Hirt; der gute Hirte lässt sein Leben für die Schafe. Der Mietling aber und der nicht Hirte ist, dem die Schafe nicht gehören, sieht den Wolf kommen und verlässt die Schafe und flieht; und der Wolf raubt sie und zerstreut die Schafe. Der Mietling aber flieht, weil er ein Mietling ist und sich nicht um die Schafe kümmert.“ (Joh. 10, 11 – 13)

Literatur

Bannas, Stephan, Faire Marktwirtschaft, München 2003

Bannas, Stephan, Kapitalismus nein, Marktwirtschaft ja, in: Knoflacher, H. u.a. Hgg., Kapitalismus gezähmt? Weltreligionen und Kapitalismus, Dokumentation Vortragsveranstaltung des Club of Vienna Oktober 2005, Wien, S. 95 - 113

Erhard, Ludwig, Wohlstand für alle, Düsseldorf 1957, Jubiläumsausgabe München 2000

Eucken, Walter, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, 4. Aufl. Tübingen 1968

Franck, Georg, Mentaler Kapitalismus, München u. Wien 2005

Franck, Georg, Ökonomie der Aufmerksamkeit, München u. Wien 1998

Smith, Adam: Der Wohlstand der Nationen, Übersetzung nach der 5. Auflage (letzter Hand) London 1789, 5. Auflage der Taschenbuch - Ausgabe München 1990

⁶ Smith, Adam: Der Wohlstand der Nationen, Übersetzung nach der 5. Auflage (letzter Hand) London 1789, 5. Auflage der Taschenbuch - Ausgabe München 1990, S. 643.